

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Paqué, Karl-Heinz

Working Paper

## Marktversagen bei Spenden: Einige Bemerkungen zur Literatur

Kiel Working Papers, No. 150

**Provided in cooperation with:**  
Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Paqué, Karl-Heinz (1982) : Marktversagen bei Spenden: Einige  
Bemerkungen zur Literatur, Kiel Working Papers, No. 150, <http://hdl.handle.net/10419/47074>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

# Kieler Arbeitspapiere

# Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 150

Marktversagen bei Spenden.

Einige Bemerkungen zur Literatur.

von

Karl-Heiz Paqué

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Weltwirtschaft  
Forschungsabteilung III  
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120-122

Arbeitspapier Nr. 150

Marktversagen bei Spenden.

Einige Bemerkungen zur Literatur.

von

Karl-Heiz/Paqué

A 9 2882 / 82 Weltwirtschaft  
Dr. Kiel

August 1982

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung ist der Autor verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an ihn zu wenden und etwaige Zitate aus seiner Arbeit vorher mit ihm abzustimmen.

## Inhalt

|   | Seite |
|---|-------|
| 1. Einleitung   | 1     |
| 2. Rechtfertigung öffentlicher Subventionen für Spenden | 3     |
| 3. Optimale Subventionsstruktur                         | 24    |
| 4. Zusammenfassende Thesen                              | 34    |

## 1. Einleitung<sup>+</sup>

Seit Ende der Sechziger Jahre bemühen sich amerikanische Finanzwissenschaftler und Wohlfahrtstheoretiker um die allokativen Redistributivleistungen staatlicher Umverteilung. Im Zentrum des Interesses steht dabei das Konzept der "Interdependenz von Nutzenfunktionen", dessen Einführung in die konventionelle Mikroökonomik erlaubt, die bekannten Optimalbedingungen für den egoistischen "homo oeconomicus" umzuwandeln in Optimalbedingungen für einen "homo altruisticus". Ergebnis ist die Ableitung von Kriterien für eine paretooptimale Umverteilung, die nach herrschender Ansicht nur durch staatliche Intervention erfüllt werden können<sup>1</sup>.

Zwei grundsätzliche Einwände gegen diese wirtschaftstheoretische Forschungsrichtung verdienen Beachtung.

- Aus der Sicht einer streng positiven Umverteilungstheorie, die Ausmaß und Inzidenz der existierenden staatlichen Redistributionsprogramme in demokratisch-kapitalistischen Staaten zu ergründen sucht, ist der Wert des Interdependenzkonzepts minimal; denn gilt, wofür vieles spricht, "Director's law", d.h. kommt der Großteil aller öffentlichen Transfers letztlich den mittleren (und nicht den unteren!) Einkommensschichten zugute, so läßt sich offenbar der Altruismus als wichtiges Redistributionsmotiv nicht glaubhaft vertreten<sup>2</sup>. Trotzdem verliert auch dann die altruistisch erweiterte Mikroökonomik nicht ihre normative Kraft, die darin besteht, daß sie genau den Anteil interpersoneller Transfers bestimmt, der eine Paretoverbesserung bewirkt und deshalb Zustimmung aller

---

<sup>+</sup>Für wertvolle Anregungen und Verbesserungsvorschläge dankt der Autor Klaus-Werner Schatz und Roland Vaubel.

<sup>1</sup>Das Konzept der Interdependenz von Nutzenfunktionen wurde erstmals systematisch von D.B. Johnson (1968; 1970; als "theory of the charity market") und G. Becker (1974; 1976; als "theory of altruism") entwickelt; seine Anwendung auf die staatliche Redistribuktion erfolgte zuerst bei Hochman & Rodgers (1969) und Fürstenberg & Mueller (1971).

<sup>2</sup>In diesem Sinne insbesondere G. Tullock (1971, 1981) und E.C. Pasour jr. (1981).

Wirtschaftssubjekte findet<sup>1</sup>. Insofern liefert das auf der Altruismustheorie fußende Konzept der paretooptimalen Umverteilung ein - auch für die positive Theorie - unverzichtbares normatives Referenzsystem, an dem staatliche Redistribution als erstes gemessen werden muß. Alle Umverteilung, die darüber hinaus geht, ist als Bewegung entlang der Paretogrenze (Nullsummenspiel!), nur mehr im Rahmen positiver Public-Choice-Theorien zu erklären und im Rahmen normativer Wohlfahrtstheorien mittels interpersoneller Nutzenvergleiche - falls möglich und erwünscht - zu bewerten<sup>2</sup>.

- Aus der Sicht einer streng neoklassischen Theorie der Wirtschaftspolitik, die stets nach dem "mildesten" staatlichen Eingriff zur Korrektur von Marktversagen sucht, liefert das Interdependenzkonzept keine operationalen Kriterien für die Ausgestaltung konkreter staatlicher Interventionen. In der Tat genügt den Autoren zumeist die pauschale Feststellung, free-rider Verhalten zwischen den zahlreichen altruistisch gesinnten Wirtschaftssubjekten mache staatliche Eingriffe erforderlich<sup>3</sup>. Die wissenschaftlichen Kontroversen entzünden sich deshalb auch meist an "technischen" Details der Modelle und lassen die fundamentale Frage nach der Korrektur des Marktversagens völlig außer acht<sup>4</sup>. Dies hat sich erst Mitte der Siebziger Jahre mit dem Erscheinen von vier Studien geändert, die ausdrücklich die "mildeste" Art der staatlichen Intervention - die Spendensubvention -, unter wohlfahrtstheoretischen Aspekten analysieren.

Drei dieser Arbeiten (Dean (1973), Brennen (1977) und Hochman & Rodgers (1977)) sollen im folgenden aus neoklassischer Sicht näher

---

<sup>1</sup>Die nicht-altruistische Dimension der paretooptimalen Umverteilung, das Versicherungsmotiv (siehe Brennan (1973)), wird hier nicht behandelt, da sie für das Marktversagen bei Spenden keinen eigenständigen Erklärungsansatz bietet.

<sup>2</sup>Ausnahme bleibt natürlich wieder die "versicherungsbedingte" paretooptimale Umverteilung (siehe Arm. 3).

<sup>3</sup>Vgl. Hochman & Rodgers (1969), S. 556 in ihrem Argument für progressive Besteuerung.

<sup>4</sup>So etwa die mehr spitzfindige als nutzbringende Diskussion zwischen Hochman & Rodgers (1973) und Brennan & Walsh (1973, I und II).

beleuchtet werden<sup>1</sup>. Ziel ist es dabei zu klären, warum diese drei Studien trotz ähnlicher (aber nicht identischer) theoretischer Ausgangspositionen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen kommen.

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Hauptteile, die jeweils eine knappe Darstellung und Kritik der Argumentationsweisen der Autoren enthalten. Der folgende Teil 2 konzentriert sich auf die grundsätzliche alloкатive Rechtfertigung öffentlicher Subventionen für Spenden. Teil 3 behandelt die optimale Subventionsstruktur. In drei abschließenden Thesen (als Teil 4) wird versucht, die Ergebnisse der vorangegangenen Diskussion zusammenzufassen.

## 2. Rechtfertigung öffentlicher Subventionen für Spenden

Als erster analysierte James Dean (1973) die Natur des Externalitätenproblems, das sich bei privaten Wohltätigkeitstransfers (Spenden) ergibt.

Er unterscheidet zwei Typen von Spendern: solche, deren Nutzenfunktion das Wohlfahrtsniveau der (potentiellen) Empfänger als Argument enthält (Typ A), und solche, die nur aus dem Akt des Schenkens selbst einen Nutzen ziehen (Typ B). Für Typ A ist das Spenden ein öffentliches Gut, da auch Transfers anderer Wirtschaftssubjekte an "seine" Empfänger in A's Nutzenfunktion eingehen und ihm dadurch die Möglichkeit zum "free ride" eröffnen<sup>2</sup>. Ganz anders bei

---

<sup>1</sup>Auf die Behandlung der vierten Arbeit (Atkinson (1973)) wird verzichtet, da sie trotz formal eleganter Anwendung der Theorie der öffentlichen Güter die entscheidenden Interventionskriterien aus einer sozialen Wohlfahrtsfunktion ableitet (a.a.O., S. 24 ff.); eine angemessene Auseinandersetzung mit dieser Studie wäre nur im Zuge einer umfassenden methodologischen Diskussion möglich, die den Rahmen dieser Arbeit sprengte.

<sup>2</sup>Der Begriff "öffentliches Gut" wird in dieser Arbeit stets im weitesten Sinne für jedes Gut verwendet, das Externalitäten im Konsum aufweist. Ferner wird, wie in den behandelten Arbeiten auch, eine perfekte Substitutionsbeziehung zwischen den Spenden verschiedener Individuen unterstellt: Transfers von Typ B bringen also Typ A gleichviel Nutzen wie eigene Transfers an den gleichen Empfänger.

Typ B, der unabhängig von Volumen und Adressaten der Schenkungen anderer das private Gut "Freude am Schenken" oder "Soziales Prestige" durch eigene (und nur durch eigene) Spendenaktivität erwirbt.

Dean bringt beide Typen in eine "Zwei-Spender, Ein-Empfänger-Ökonomie" zusammen und demonstriert, daß sich ein klassischer Fall nicht reziproker positiver Externalitäten ergibt<sup>1</sup>: A reduziert als free-rider seine eigenen Spenden um den Gesamtbetrag der positiven spill-over-Effekte von B's Schenkungen. Übersteigt in dem so entstandenen "independant adjustment equilibrium"<sup>2</sup> A's Grenznutzen einer Transfereinheit ( $GN_A$ ) die Differenz zwischen Transfergrenzkosten ( $GK = 1$ )<sup>3</sup> und B's Grenznutzen der Transfereinheit, so ermöglichen Kompensationszahlungen von A an B nach dem Coase-Theorem eine Paretoverbesserung. B leistet subventionsbedingt zusätzliche Spenden, während A seine eigenen Spenden um den vollen Betrag der von B "übernommenen" Transfers senkt. Erst wenn  $GN_A = 1 - GN_B$ , also  $GN_A + GN_B = 1$  (Samuelson-Bedingung), erlischt der Anreiz zu Zahlungen à la Coase und ein Paretooptimum ist erreicht. Im bilateralen Modell führen also freiwillige Verhandlungen zur Internalisierung der nicht-reziproken Externalitäten; im multilateralen Modell (viele Spender des Typs A!) verhindert der Anreiz zu free-rider-Verhalten unter den Typ-A-Spendern die Internalisierung, weshalb der Staat aufgerufen ist, durch Besteuerung der A's und Subventionierung des B (oder auch der B's) eine Annäherung an das Optimum zu sichern.

Soweit in groben Zügen Dean's Argumentation. Sie leidet m.E. an zwei grundlegenden Schwächen, die uns im folgenden beschäftigen werden. Die Diskussion der kritischen Punkte wird dabei unmittelbar zu den zentralen Aussagen der Arbeiten von Hochman & Rodgers und G. Brennan hinführen.

---

<sup>1</sup> Deans analytische Externalitätenbehandlung geht auf Buchanan & Kafoglís (1963) zurück.

<sup>2</sup> Dieser treffende Ausdruck stammt von Buchanan (1968), S. 11 ff.

<sup>3</sup> Die Grenzkosten einer transferierten Geldeinheit sind stets gleich Eins, da die Geldeinheit alternativ voll für die private Verwendung (Sparen, eigener Konsum) des Spenders zur Verfügung stünde.



a) Der erste Konflikt betrifft die Lokalisierung des Marktversagens. Dean erkennt offenbar das Vorliegen nicht-reziproker positiver Spillover-Effekte als die latente Schwäche des Marktes, die im Multispienderfall unweigerlich zu suboptimalen Lösungen (Marktversagen) führt. Diese Sichtweise ist zumindest mißverständlich, wenn nicht falsch, wie im folgenden zu zeigen sein wird.

Betrachten wir die Verhandlungslösung zwischen A und B in der bilateralen Modellwelt Deans etwas genauer: A kann B Kompensationszahlungen leisten (und dabei seine "wahren" Präferenzen offenbaren), ohne strategische "Vergeltungsmaßnahmen" von B fürchten zu müssen, denn B's Freude am Schenken wird durch das offenbarte free-riding des A nicht eingeschränkt. A subventioniert also gewissermaßen die "Produktion" eines öffentlichen Gutes (Transfer an den Empfänger), das für B selbst ein privates Gut ist. Beide Seiten stehen sich nach dem Handel marginal besser; intramarginale Gewinne werden je nach Verhandlungsmacht und -geschick aufgeteilt; intertemporale strategische Reaktionen, die das Marginalkalkül betreffen, sind nicht zu erwarten. Lediglich ein Informationsproblem - von Dean übrigens nicht behandelt - könnte Anhaltspunkte für ein Marktversagen bieten: Kennen beide die wirklichen Transferr motive des anderen nicht, so wird A aus strategischen Gründen seine Präferenzen nicht offenbaren, da sich B ja als potentieller free-rider des Typs A herausstellen könnte. Es bleibt jedoch auch dann noch ein Anreiz für B, dem A ein "Coase-Angebot" zu unterbreiten, denn im für ihn ungünstigen Fall (A ist gleichfalls vom Typ B!) kommt kein Vertrag zustande und B hält sein ursprüngliches Nutzenniveau (vgl. Pay-off-Matrix in Fig. 1).

Fig. 1

|   |             |     |                  |
|---|-------------|-----|------------------|
|   | Partner = A | = B |                  |
| A | -           | +   |                  |
| B | +           | 0   | ⇒ Angebot von B! |

Es liegt also stets im Interesse des "strategielosen" Konsumenten des privaten Gutes (B), bei einem potentiellen free-rider (A) anzufragen, ob er zu marginalen Subventionen bereit ist. Staatlicher Intervention bedarf es nicht. Erst, wenn man zusätzlich annimmt, daß B von der Existenz oder dem Altruismus des A nichts weiß - z.B. weil A sein privates Optimum ( $GK_A = GN_A$ ) gerade bei eigenen Transfers von Null realisiert und folglich nicht mehr "sichtbar" am Markt auftritt -, könnte der Staat effizienzsteigernd eingreifen, wenn er die von A oder B benötigte Information besitzt. Er sollte diese Information dann kostenlos zur Verfügung stellen.

Sieht man wie Dean von diesem Extremfall der Unwissenheit ab, so wird das harmonische Bild der "Coase-Ökonomie" erst dann und nur dann zerstört, wenn zwei (oder mehr) Spender des Typs A zusammen treffen. Sie werden nämlich bemüht sein, ihrem Typ-A-Kollegen sowohl die Finanzierung der Subventionszahlungen an den Typ-B-Spender als auch die eigene Erstellung des öffentlichen Gutes zu überlassen. Im ersten Fall zahlt der "ausgebeutete" A nicht den vollen Grenzkostenpreis für den Erwerb des öffentlichen Gutes, weil ein Individuum B das Gut (für A) grenzkostenlos privat konsumiert und deshalb auch bereit ist, gemäß seinen Präferenzen ( $GN_B > 0$ ) dafür zu zahlen. Im zweiten Fall erstellt (kauft) der "ausgebeutete" A das Gut selbst, zum vollen Grenzkostenpreis. In beiden Varianten ist ausschließlich die Existenz mehrerer Typ-A-Spender notwendige und hinreichende Bedingung für das Scheitern von Coase-Verhandlungen. Reziproke, und nicht, wie Dean meint, einseitige Spill-over-Effekte verhindern die Realisierung des Paretooptimums.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich wichtige Hinweise für die Internalisierung der Externalitäten: der Staat muß zunächst dafür sorgen, daß alle paretorelevanten Spill-over-Effekte zwischen den Typ-A-Spendern internalisiert werden, damit das optimale Spendenvolumen zustandekommt.

Eine adäquate Beschreibung dieses Optimierungsproblems zwischen potentiellen Spendern ist - unabhängig von Deans Arbeit - Hochman & Rodgers (1977) gelungen. Ihr einfaches Modell behandelt ausschließlich Externalitäten zwischen zwei Spendern des Typs A. Das staatliche Optimalkalkül schrumpft deshalb auf die wohlbekannten Dimensionen der Analyse von Nachfrage und Angebot eines rein öffentlichen Gutes zusammen (Fig. 2)<sup>1</sup>.

Um in einer Ökonomie mit drei Wirtschaftssubjekten (zwei Spender vom Typ A, ein Empfänger) das optimale Transfervolumen mit  $\sum GN_1 = GK = 1$  (Samuelson-Optimum) zu erreichen, wird Individuum  $A_1$  marginal mit  $\overline{ST}$  pro Transfereinheit subventioniert. Bei konstantem Staats(=Club-)budgetsaldo vor und nach der Subventionierung wird  $A_2$  mit  $\overline{UQ}^* \times \overline{OQ}^* = \overline{ST} \times \overline{OQ}^*$  besteuert. Obwohl  $A_2$  also im Samuelson-Optimum nichts spendet, wird er "indirekt" an den Kosten des öffentlichen Gutes beteiligt; er zahlt genau den Subventionsbeitrag pro Transfereinheit, der seinem Transferegrenznutzen entspricht (Lindahl-Gleichgewicht). Die optimale Spendensubventionierung ist also nichts anderes als ein "Cost-sharing-arrangement" zwischen den Spendern und dem Rest der Gemeinde (den Nichtspendern) mit dem Ziel, alle Externalitäten zu internalisieren. Zwischen diesen beiden Gruppen muß im Samuelson-Optimum ein Lindahl-Gleichgewicht bestehen, da sonst nicht das optimale Transfervolumen zustandekommt.

Welche Konsequenzen hat die Einführung eines (oder mehrerer) Typ-B-Spender für den Optimierungsprozeß und die staatliche Intervention? Fig. 3 zeigt das Modell von Hochman & Rodgers zu einer Drei-Spender-Ökonomie (2 Typ-A-, 1 Typ-B-Spender) erweitert:

- In der Ausgangssituation (ohne Subventionierung) genießen beide Typ-A-Spender die positiven Externalitäten der Transfers von B, unabhängig davon, ob sich die  $A_1$  auch untereinander als free-rider verhalten. Ihre GN-Kurven verschieben sich deshalb um den Betrag  $\overline{OO}' = \overline{VW}$  nach links, was in der Graphik der Einfachheit halber

<sup>1</sup>Vgl. Samuelson (1954).

Fig. 2

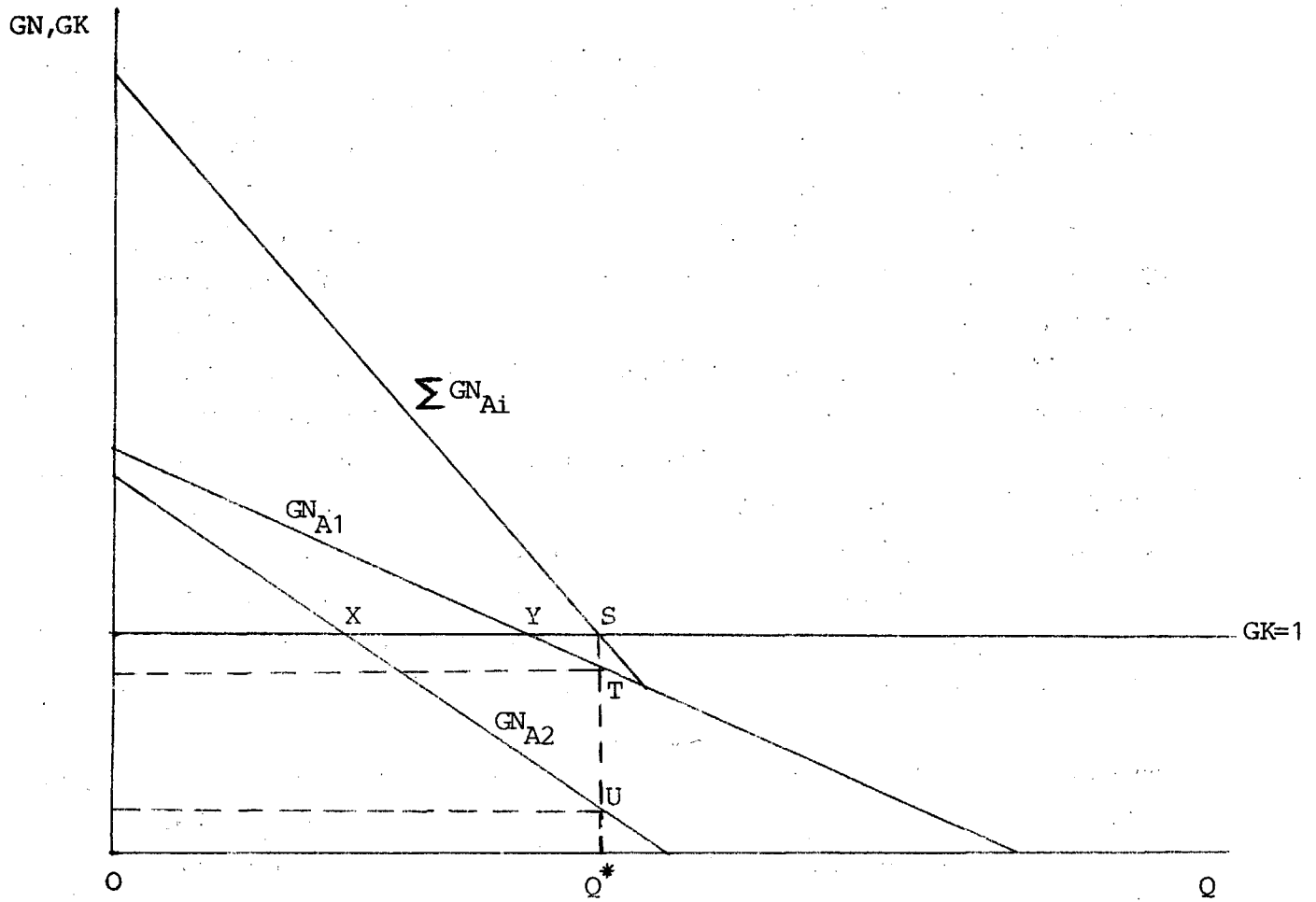
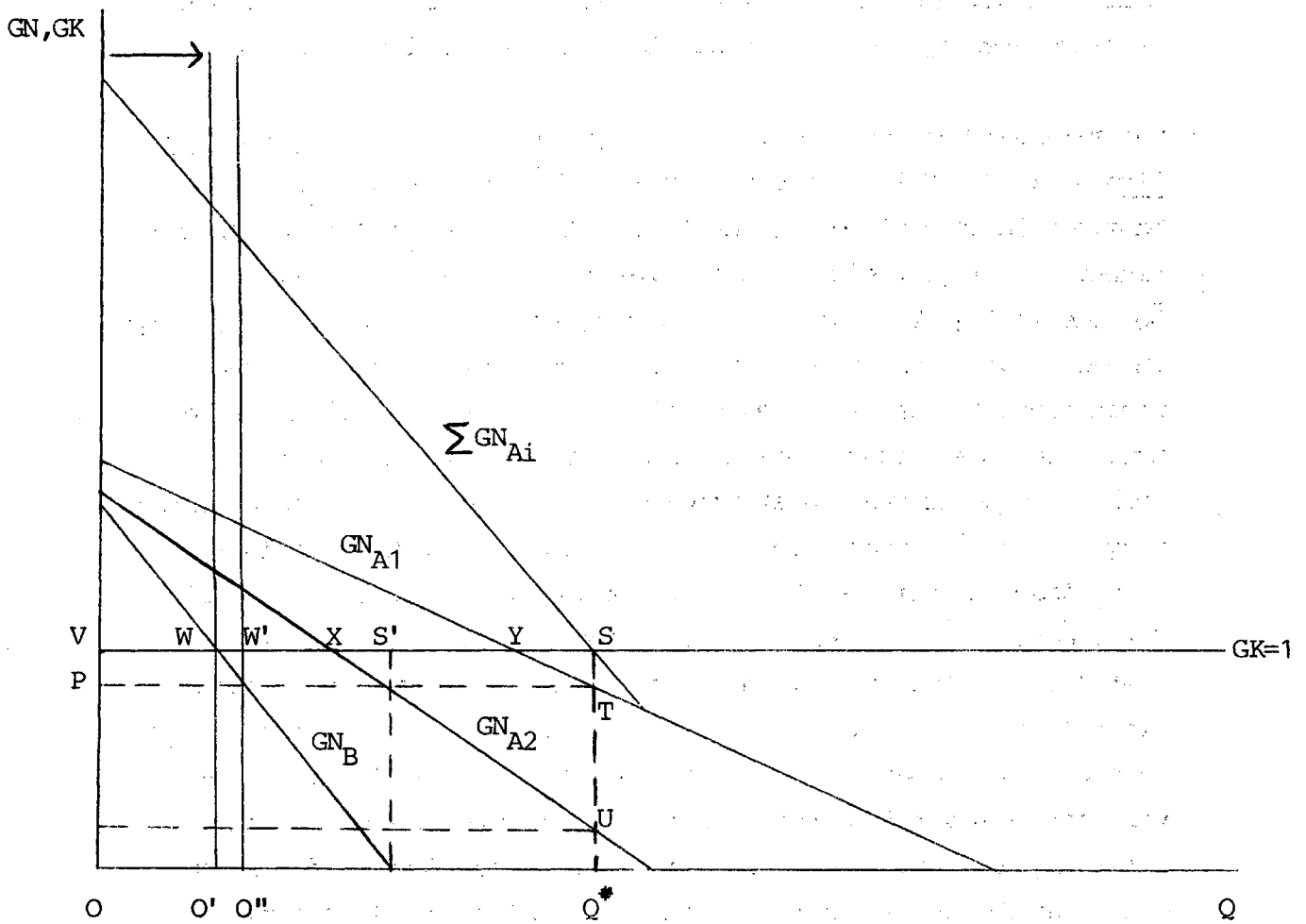


Fig. 3



durch eine Verschiebung der  $GN, GK$ -Achse um  $\overline{OO'}$  nach rechts zum Ausdruck kommt. Man beachte, daß durch diese Senkung des Transfergrenznutzens der  $A_1$  unter extremen Prämissen jedes Argument für Spenden-subventionen zu entkräften ist: sobald nämlich der Punkt  $W$  rechts von  $S$  liegt ( $\overline{VW} \gg \overline{VS}$ ), werden die  $A_1$  von  $B$  (oder den  $B_1$ , wenn man  $GN_B$  als horizontal aggregierte Grenznutzenkurve aller Typ-B-Spender interpretiert) schon in der Ausgangslage mit der optimalen Menge des öffentlichen Gutes versorgt; die Externalitäten sind also paretoirrelevant, nimmt man nur an, die "Freude am Schenken" oder das "soziale Prestige" seien die absolut vorherrschenden Spendenmotive<sup>1</sup>.

- Unterstellen wir nun, der Staat subventioniere in Fig. 3 ausschließlich  $A_1$  (nicht  $B$ !) mit dem Betrag  $\overline{ST} = \overline{UQ}^*$  pro Spendeneinheit, finanziert durch Besteuerung des  $A_2$  in Höhe von  $\overline{UQ}^* = \overline{ST}$  pro Spendeneinheit. Es ergibt sich dann das gleiche optimale Transfervolumen  $\overline{OQ}^*$  wie in Fig. 2 (ohne Typ-B-Spender); der einzige Unterschied liegt in der Finanzierung eines Teils der Transfers durch  $B$ . Im neuen Gleichgewicht  $S$  hat  $A_1$  einen Anreiz, mit  $B$  in Coase-Verhandlungen bzgl. einer gemeinsamen Spendenfinanzierung zu treten, solange  $B$  noch einen positiven Transfergrenznutzen aufweist. Die Internalisierung der "restlichen" Externalitäten erfolgt also durch freiwilligen Vertragsschluß zwischen  $B$  und  $A_1$ ; das Optimum ist erreicht, sobald  $B$  subventionsbedingt entweder das gesamte Spendenvolumen selbst leistet (mit  $GN_B \gg 0$  im Optimum) oder sein Transfergrenznutzen auf 0 sinkt (Punkt  $S'$  in Fig. 3). Direkter staatlicher Intervention bedarf es nicht; der Staat muß nur sicherstellen, daß die öffentlich subventionierten Typ-A-Spender nicht ihren Anspruch auf die Subvention verlieren, wenn sie im Rahmen einer gemeinsamen Transferfinanzierung mit einem Typ-B-Spender nur mehr einen Buchteil der Transferkosten tragen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Als vollkommen wirklichkeitsfremd muß diese Prämisse nicht zuletzt deshalb gelten, weil es in der Realität eine Vielzahl von getrennten Externalitätenproblemen für die verschiedenen Empfänger gibt; daß in allen diesen Fällen die "private" Spendermotivation vorherrscht, ist höchst unwahrscheinlich.

<sup>2</sup> In diesem Modell kann  $A_1$  sogar einen "Nettogewinn" erzielen, da die von ihm erhaltene Subvention pro Transfereinheit höher liegt als die Subvention, die er gemäß Vertrag an  $B$  zahlt ( $1 - GN_A < 1 - GN_B \Rightarrow GN_B > GN_A$ ;  $A_1$  kassiert gewissermaßen eine "Maklerprovision" für das Aufsuchen eines effizienteren Spenders. Sobald eine Differenzierung der Förderung nach Spendertypen unterbleibt (siehe unten), verschwindet natürlich dieser Arbitragegewinn, da dann stets  $GN_B = GN_A$ .

- Der Staat kann in der Regel die Subvention nicht nach Spendentypen differenzieren, da er über keinerlei zuverlässige Informationen bzgl. der Spendermotivation verfügt. Eine undifferenzierte Förderung aller Spender führt zu unwesentlichen Modifikationen: B wird nun  $\overline{OO''}$  spenden, d.h.  $\overline{VW'PQ}$  der Subventionssumme  $\overline{VPST}$  geht an B, der Rest an  $A_1$ , der seinerseits das eigene Spendenvolumen auf  $\overline{O''Q^*}$  reduziert. Samuelson-Optimum (S) und Lindahl-Gleichgewicht bleiben unverändert, liefern jedoch auch hier keine effiziente Lösung im Paretosinne, da abermals ein Handelsspielraum für einen Subventionsvertrag zwischen  $A_1$  und B besteht. Dieser Handelsspielraum ist gegenüber dem Fall differenzierter Spendenförderung eingeschränkt, da die staatliche Subvention - von  $A_2$  finanziert - ja bereits einen Teil von B's Grenznutzen abschöpft und dadurch der Paretoeffizienz einen Schritt näher kommt. Den "Rest" besorgt auch diesmal die freiwillige Einigung zwischen  $A_1$  und B.

Es gibt also keinen Grund, Deans Ansicht zu folgen, "(that) only after all possibility of act-utility-motivated giving has been exhausted are tax subsidies for result-motivated giving ... justified on efficiency grounds"<sup>1</sup>. Dean strebt ein Paretooptimum an, das für den Staat in der Realität nicht zu erreichen ist, da er über keinerlei verlässliche Informationen bzgl. der individuellen Spendenmotivation verfügt. Die hier empfohlene gleichhohe Subventionierung für Typ-A- und Typ-B-Spender überläßt es - soweit möglich - den Marktteilnehmern, das Paretooptimum zu finden und damit ihre Informationen bestmöglich auszunutzen. Natürlich ist dies für den Staat ein relativ "teurer" Weg der Intervention, da er allen Typ-A-Spendern im Samuelson-Optimum eine Subvention zukommen läßt, die es ihnen erlaubt, in bilateralen Verträgen zusammen mit Typ-B-Spendern "Informationsrenten" zu realisieren; eine alternative kostengünstigere Methode der Förderung ist aber nicht verfügbar, da der Staat a priori keine Informationen besitzt, die eine Abschöpfung der Konsumentenrente ermöglichte.

---

<sup>1</sup>Dean (1973), S. 373.

Zwar steht auch bei undifferenzierter Förderung der Staat vor dem Informationsproblem, die Grenznutzen der Konsumenten des öffentlichen Gutes "Spenden" zu schätzen und aufzuaddieren, doch ist dieses Problem unvermeidbare Begleiterscheinung jeder effizienzmotivierten staatlichen Intervention; ein Argument gegen das hier empfohlene Vorgehen ergibt sich daraus nicht.

b) Die zweite fundamentale Kritik an Deans Analyse betrifft die Empfängerpräferenzen, die in Deans Modell unberücksichtigt bleiben. Wie Brennan (1977) gezeigt hat, dürfen die Präferenzen der Empfänger (E) bei der Ableitung von paretianischen Optimalbedingungen nur dann vernachlässigt werden, wenn ausschließlich Spender des Typs A auftreten: zwar verbleibt dann im individuellen Haushaltsgleichgewicht ( $GN_i = GN_j$  für alle Güter  $i, j$  einschließlich Transfers) dem A stets ein positiver Nutzen weiterer Transfers an E, doch gibt es für E keine Möglichkeit, diesen Grenznutzen durch Spendensubventionierung "abzuschöpfen", da jede Kompensationszahlung an A das Wohlfahrtsniveau des E reduziert und damit negativ in die Nutzenfunktion des A eingeht. Infolge der Nutzeninterdependenz saldiert also A jede Subventionszahlung des E aus und bleibt deshalb uneinflussbar in seinem privaten Haushaltsoptimum.

Ganz anders liegt nach Brennan der Fall des Typ-B-Spenders: da er nur aus dem Akt des Schenkens und nicht aus dem Wohlfahrtsniveau des E Nutzen zieht, kann E durch Spendensubvention an B solange zusätzliche Transfers "erzwingen", bis B kein positiver Grenznutzen seiner Schenkungen mehr verbleibt. Die ökonomische Logik hinter dieser skurrilen Operation ist unmittelbar einsichtig: B's Konsum (=Schenkungen) schafft positive Externalitäten, ohne daß B's Nutzenniveau selbst durch Einkommensveränderungen des E beeinträchtigt wird. E kann folglich ungehindert den B subventionieren, damit B die Spill-over-schaffende Aktivität ausweitet, bis sein Grenznutzen daraus auf Null sinkt. Dieser Optimalzustand wird dann erreicht, wenn das zusätzliche Spendenaufkommen gerade noch das marginale Subventionsvolumen abdeckt, die Preiselastizität des Spendenaufkommens also dem Betrage nach auf Eins sinkt. Für B stellt sich also



ein monopoltheoretisches Erlösmaximierungsproblem im Sinne der Amorose-Robinson-Bedingung; "nebenbei" fällt dabei eine pareto-optimale Lösung an, da im Erlösmaximum alle nicht reziproken positiven Externalitäten des B internalisiert sind. Die analytische Struktur des Problems entspricht wieder der des Coase-Theorems.

Soweit die Grundzüge der Problematik, die J. Dean, wie Brennan nachweist, in seiner Studie offenbar übersieht. Ob indes Brennan mit seiner Analyse tatsächlich einen zusätzlichen Fall des Marktversagens bei Spenden identifiziert hat, wird im folgenden zu prüfen sein.

Brennan diskutiert selbst zwei zentrale Argumente gegen sein Modell.

Der erste Einwand postuliert, daß die Subventionierung des B durch E keinerlei Spendenanreize für B schafft, da B's Nutzenfunktion grundsätzlich nur seine Netto-Schenkungen (Brutto-Schenkungen minus Subventionszahlungen) beinhalte und seine Preiselastizität der Spenden stets dem Betrage nach gleich Eins sei.

Die Bedeutung dieses Einwandes ließe sich nur durch eine empirische Überprüfung der zugrundeliegenden Hypothese klären, doch scheitert ein solches Vorgehen an der unüberwindbaren Schwierigkeit, Typ-A und Typ-B Spender in der Praxis zu trennen. Die vorliegenden Schätzungen von Preiselastizitäten des Spendenaufkommens - natürlich für Typ-A und Typ-B-Spender zusammen - rangieren zwar tatsächlich dem Betrage nach um Eins, doch zeigen sich für die USA bei Disaggregationen nach unterschiedlichen Spendenadressaten (Kirche, Universitäten, Krankenhäuser etc.) erhebliche Elastizitätsdifferenzen<sup>1</sup>. Die empirische Evidenz spricht also eher gegen den Einwand.

Auch a-priori-Überlegungen lassen das Argument unplausibel erscheinen: nicht nur "Freude am Schenken", sondern auch das "Soziale Prestige" gehen als Nutzen in die Wohlfahrtsfunktionen der

---

<sup>1</sup>Vgl. u.a. Feldstein (1975, II), S. 218.

(oder zumindest vieler) Typ-B-Spender ein, und es gibt keinen Grund zu unterstellen, das Ausmaß des sozialen Prestigegewinns sei einzig Funktion des Nettobetrages der Spenden, den die Öffentlichkeit zu-  
meist gar nicht kennt. Eine grundsätzliche Irreagibilität der Netto-  
spenden auf Subventionen läßt sich folglich kaum begründen.

Der zweite Einwand ist bedeutsamer. Er geht von der plausiblen Überlegung aus, daß interpersonelle Transfers - Subventionen und Spenden - zwischen einem Spender und einem Empfänger zu absurden Ergebnissen führen: der Empfänger E subventioniert den Spender B mit einem Anteil des Transfers ( $s \cdot T$  mit  $0 < s < 1$ ), um den gesamten Transfer (T) von E zu erhalten, und B ist tatsächlich "so dumm", ihm den Mehrbetrag zu schenken. B saldiert also nicht, wie jeder "vernünftige" Mensch es täte, den direkten Transfer aus, den er von dem Empfänger seiner Spende selbst erhält.

Um diese offensichtlich absurde Konsequenz seines Modells zu vermeiden, formuliert Brennan die Nutzenfunktion des B um: die Spenden des B an E werden definiert als die Bruttospenden abzüglich des Subventionsbetrages, den E selbst an B entrichtet. Im bilateralen Modell gibt es danach keine Subventionsmöglichkeit mehr. Im multilateralen Modell (n Empfänger) indes gründen die Empfänger einen "Subventionsclub", der an jeden einzelnen Spender die optimale Subventionshöhe zahlt; jeder Spender saldiert also nur den Anteil "seines" Empfängers an der erhaltenen Subvention aus (z.B. bei gleichen Clubbeiträgen für alle  $1/n$ -tel). Für  $n \rightarrow \infty$  ergibt sich folglich der ursprüngliche Bruttospendenfall.

Soweit Brennans scharfsinnige Entkräftung des zweiten Einwandes. Sie bedarf einer ausführlichen Diskussion, da sich in ihr zwei Kernprobleme des Brennanschen Modells offenbaren.

Das erste Problem betrifft die Spezifikation der Spendernutzenfunktion: Im Brennan-Modell saldiert Spender B die Subventionszahlungen "seines" Empfängers E aus, obwohl B's Nutzenfunktion die Wohlfahrt des E definitionsgemäß nicht als Argument enthält.

Brennan will mit dieser Verhaltensannahme die offensichtlich absurde Möglichkeit eines beidseitig lohnenden, bilateralen Handels zwischen Spender (Typ B) und Empfänger vermeiden. Diese Handelsmöglichkeit ist aber m.E. unumgängliche Konsequenz der Typ-B-Nutzenfunktion: das Aussaldieren der Subventionen des "eigenen" Empfängers ist mikroökonomisch (nutzentheoretisch) immer dann und nur dann zu begründen, wenn B's Nutzenfunktion das Wohlfahrtsniveau des E als Argument enthält bzw. B sich stets so verhält, als ob seine Wohlfahrt von dem Nutzen des E abhinge. In beiden Fällen sollte B analytisch als Typ A behandelt werden. Auch der Zwischentyp, wie ihn Brennan konstruiert, verhält sich stets wie Typ A!

Ein einfaches Beispiel verdeutlicht diesen Gedanken: In einer Zwei-Spender-Zwei-Empfänger-Ökonomie gibt Spender A (Typ A) ausschließlich "seinem" Empfänger  $E_1$ , Spender B (Typ B) ausschließlich dem Empfänger  $E_2$ . Ohne die Brennan'sche Zusatzannahme entsteht ein bilateraler Verhandlungsspielraum nur für das Paar B -  $E_2$  (so lange  $GN_B > 0$ ), nicht jedoch für das Paar A<sub>1</sub> -  $E_1$ . Führt man Brennans Prämisse ein - auch B saldiert die Subventionen von  $E_2$  aus -, entfällt jedwede Möglichkeit zur bilateralen Paretoverbesserung zwischen Empfängern und "ihren" Spendern. Es bleibt aber für beide (!) Empfänger der Anreiz, einen Subventionsclub zu gründen, da beide (!) Spender jeweils nur den Finanzierungsanteil ihres Empfängers an ihrer Subvention aussaldieren und deshalb positive Nettospenden leisten, so lange  $GN_1 > 0$ . Nicht allein B, sondern auch A wird nur so lange unbeeinflussbar in seinem privaten Haushaltsoptimum bleiben, wie sein Empfänger den gesamten Subventionsbetrag zahlt; sobald E nur einen Teil des Subventionsbetrages trägt, gibt es für A den gleichen Anreiz zu marginalen Spenden wie für den "Brennan-Typ" B. Das ökonomische Kalkül des Brennan-Typ ist also in seiner marktmäßigen Wirkung identisch mit dem des Typ A. Brennans Behauptung, es gäbe einen Fall des Marktversagens, der ausschließlich auf Typ-B-Spender rekurriert<sup>1</sup>, ist deshalb nicht aufrecht zu erhalten.

---

<sup>1</sup>Brennan (1977; S. 408).

Das zweite weit wichtigere Problem betrifft die Anatomie des Subventionsclubs: Worin liegt überhaupt der Effizienzgewinn, den Brennan durch die Clubgründung gewährleistet sieht, und kann dieser Effizienzgewinn, wie Brennan glaubt, öffentliche Interventionen rechtfertigen?

Zur Klärung dieser Fragen kehren wir zunächst zu dem oben eingeführten Zwei-Spender-Zwei-Empfänger-Modell zurück. Wir nehmen an, daß Spender  $A_1$  und  $A_2$  (beide vom Typ A oder auch vom Brennan-Typ B) in der Ausgangsposition ohne Subvention einen positiven Grenznutzen aus Transfers an "ihre" Empfänger  $E_1$  und  $E_2$  ziehen. Fig. 4 (a und b) präsentieren die ursprünglichen Gleichgewichtspunkte im Spender-Empfänger-Einkommensraum: In  $G_0$  (Fig. 4a) und  $G'_0$  (Fig. 4b) erreichen die Spender bei TransfERNIVEAUS von  $Tr_0$  und  $Tr'_0$  ihre Haushaltsoptima, d.h. der Grenznutzen einer selbstkonsumierten oder -gesparten Einkommenseinheit ist gleich hoch dem Grenznutzen einer an den jeweiligen Empfänger transferierten Einkommenseinheit. Bilaterale Subventionsverhandlungen zwischen den Spendern und "ihren" Empfängern scheitern an der einseitigen Interdependenz der Nutzenfunktion ( $\partial U_{Ai} / \partial U_{Ei} > 0$ ). Erst die Gründung eines Subventionsclubs durch  $E_1$  und  $E_2$  schafft die Möglichkeit zur Paretoverbesserung:  $E_1$  und  $E_2$  subventionieren gemeinsam jede Transfereinheit der  $A_1$  und  $A_2$  brutto mit x Prozent, so daß sich die Budgetlinie für  $A_1$  und  $A_2$  in der in Fig. 4 dargestellten Weise nach außen verlagert. Da  $A_1$  und  $A_2$  jedoch annahmegemäß stets den Betrag aussaldieren, den ihre eigenen Empfänger zu ihrer Subventionierung beitragen, wird sich die Budgetlinie nicht um den vollen Betrag der Subvention von ST nach SU (bzw. ST' nach SU'), sondern nur um den Nettobetrag nach SV bzw. SV' drehen. Im Modell wird der Einfachheit halber zunächst unterstellt, daß die Bruttosubvention je zur Hälfte von  $E_1$  und  $E_2$  finanziert wird, so daß  $TV = UV$  und  $T'V' = U'V'$ <sup>1</sup>.  $S_1$  oder  $S_2$  sehen sich also den neuen Budgetlinien

<sup>1</sup>Praktisch bedeutet der Vorgang des Aussaldierens, daß der Spender den von "seinem" Empfänger finanzierten Teil der von ihm erhaltenen Subvention im vollen Betrag rückerstattet und damit das für sein ökonomisches Kalkül relevante Nutzenniveau des Empfängers wiederherstellt. Täte er dies nicht, so hätte sich auch sein ursprüngliches Kalkül (in Fig. 4 die Lage von  $G_0$  bzw.  $G'_0$ ) durch die



SV und SV' gegenüber und realisieren die neuen Haushaltsoptima  $G_1$  und  $G'_1$ .

Wie ist diese neue Situation wohlfahrtstheoretisch zu beurteilen? Die Empfänger steigern ihre erhaltenen Transfers von  $Tr_0$  (bzw.  $Tr'_0$ ) auf  $Tr_1$  (bzw.  $Tr'_1$ ), müssen aber dafür jeweils an Nettosubventionen  $Su_{E1}$  bzw.  $Su_{E2}$  zahlen, damit der Spender des anderen Clubmitgliedes zu marginalen Transfers veranlaßt wird. Trotz des gleichen Finanzierungsbeitrages pro Bruttospendeneinheit ist der gesamte Clubbeitrag der beiden Empfänger also unterschiedlich hoch, da sie sich auch unterschiedlich hohen Preiselastizitäten der Spendennachfrage gegenüber sehen. Trotzdem muß für beide nach Abzug des Clubbeitrages eine marginale Wohlfahrtssteigerung gegeben sein (d.h.  $Tr_1 - Su_{E1} > Tr_0$  bzw.  $Tr'_1 - Su_{E2} > Tr'_0$ ), da sonst kein Anreiz zur Clubmitgliedschaft bestünde.

Schwieriger liegt der Fall bei den Spendern: Beide erreichen nach ihrem ökonomischen Kalkül höhere Indifferenzkurven (von  $G_0$  nach  $G_1$  bzw. von  $G'_0$  nach  $G'_1$ ). Die Kernfrage ist jedoch, ob ihr ökonomisches Kalkül überhaupt korrekte Ergebnisse liefert: Jeder Spender saldiert nämlich nur den Anteil "seines" Empfängers an "seiner" Subvention aus und übersieht dabei völlig, daß der Gesamtbetrag, den der jeweilige Empfänger an den Club entrichtet, in Wahrheit höher liegt; der Betrag enthält nämlich auch die Nettosubvention des betroffenen Empfängers an den Spender des anderen Clubmitglieds. Diese "Gegensubvention" ist aber conditio sine qua non für die Clubgründung und damit unumgänglicher Kostenfaktor für jeden der Empfänger. Die Spender erreichen also in Wirklichkeit nicht die Punkte  $G_1$  bzw.  $G'_1$  sondern nach Abzug der jeweiligen "Gegensubvention" ihrer Empfänger nur die Punkte  $G_2$  bzw.  $G'_2$ . Hätten sie das a priori gewußt, so hätte in unserem Beispiel zumindest einer der

---

Subvention ex post verändert, was dem üblichen Konzept ökonomischer Rationalität widerspräche und zu nutzlosen analytischen Komplikationen führte.

Am deutlichsten wird die Struktur des Vorgangs, wenn die Zahlung der Subvention in Form eines "matching grant" erfolgt, den der Club pro Spendeneinheit direkt an den Empfänger zahlt; dann nämlich transferiert das Clubmitglied direkt an sich selbst als Spendempfänger den von ihm finanzierten Subventionsbeitrag, ohne daß der Spender über das Geld unmittelbar verfügen könnte.

der Spender ( $A_2$ ) von marginalen Transfers Abstand genommen, denn er hat sein Nutzenniveau wegen des hohen Clubbeitrages "seines" Empfängers in Wahrheit verschlechtert. Nur eine "Subventionsillusion", d.h. das inkorrekte Verrechnen von Clubbeiträgen konnten ihn zu der aufgezeigten "wohlfahrtstheoretischen Dummheit" veranlassen.

Es läßt sich nun auf einfache Weise zeigen, daß unabhängig von Clubgröße und Beitragsstruktur (Gewinnverteilung) der Club nicht mehr lebensfähig ist, sobald alle Spender ein korrektes ökonomisches Kalkül ohne Subventionsillusion verfolgen.

- Bei Gleichverteilung der Subventionslasten - jedes Clubmitglied zahlt genau den Subventionsbetrag, den "sein" Spender "benötigt" - ist der Fall des bilateralen Handels wiederhergestellt, denn der Spender wird genau diesen Betrag aussaldieren und somit auf seiner ursprünglichen Budgetlinie verbleiben. Alle Spender lehnen folglich Subvention ab und der Club löst sich auf.
- Bei Ungleichverteilung der Subventionslasten - mindestens zwei der  $n$  Clubmitglieder zahlen weniger (mehr) an Subventionsbeiträgen als ihre Spender "benötigen" - wird sich zumindest einer der Clubmitglieder einer effektiven Verteuerung der Spenden gegenübersehen, da "sein" Empfänger mehr an Clubbeiträgen leistet, als er (der Spender) an Subventionen erhält (Situation von  $A_2$  in Fig. 4b, Punkt  $G_2'$ ). Er (und alle anderen in analoger Position) wird das Subventionsangebot ablehnen, sein Empfänger wird den Club verlassen und der Club muß eine Umverteilung der Finanzierungslasten vornehmen. Dieser Prozeß - Ausscheiden der "benachteiligten" Empfänger - wird sich so lange wiederholen, bis nurmehr ein Restclub mit Gleichverteilung der Subventionslasten unter den Mitgliedern übrig bleibt. Dieser ist aber nach obiger Argumentation ebenfalls nicht lebensfähig, so daß zwangsläufig der gesamte Club zusammenbricht.

Kurzum: Die einzige Aufgabe des Brennan'schen Clubs besteht darin, potentiellen Spendern die wirkliche Kosteninzidenz zu verschleiern und sie dadurch zu marginalen Transfers zu veranlassen. Nur, wenn mindestens ein Spender der Subventionsillusion unterliegt, und nur wenn es gelingt, diese(n) Spender derart "auszubeuten", daß sich alle Spender ohne Subventionsillusion und alle Empfänger ex ante und ex post besser stehen, sichert die Clubgründung ex ante einen Effizienzgewinn und wird von den betroffenen Spendern einstimmig befürwortet.

Daß die Clubgründung in diesem Fall eine Paretoverbesserung bewirkt, ist außer Zweifel: Zwar stehen sich die "ausgebeuteten" Spender ex post schlechter als sie bei Annahme der Subvention antizipierten, doch hatten sie ja auch ex ante die Möglichkeit, sich über die club-interne Kosteninzidenz zu informieren; darauf haben sie aber nach ihren persönlichen Präferenzen - Abwägung der Informationskosten mit den Kosten des Risikos, "betrogen" zu werden - verzichtet. Wie in der informationsverschleiernenden Werbung privater Produkthanbieter fehlt es auch hier an einem operationalen Referenzsystem, das es erlaubte, die Illusion als irrational und damit die Anpassung der Konsumenten (Spender) an die neuen Preisrelationen ex post als ineffizient abzutun. Entscheidend ist also das ex ante-Kalkül, das eine Paretoverbesserung durch die Clubgründung anzeigt.

Bis zu diesem Punkt ist also Geoffrey Brennan vom Ergebnis her zuzustimmen: Solange Subventionsillusion vorliegt, was Brennan offensichtlich diskussionslos voraussetzt<sup>1</sup>, verspricht die Gründung eines Subventionsclubs Effizienzgewinne. In jedem Fall lohnt für die Empfänger das Angebot einer Subvention an potentielle Spender, denn die Ablehnung des Angebots bringt keinerlei Wohlfahrtsverluste mit sich, wenn man von Kommunikations- und sonstigen Clubgründungskosten absieht.

---

<sup>1</sup>"The fact that  $A_1$  is also giving bribes to  $E_2, \dots, E_n$  which increase their giving to the other  $A$ 's should not in any way influence  $A_1$ , anymore than do  $E_1$ 's payments to others aimed at internalizing generalized externalities, securing the provision of public goods and so on." (a.a.O., S. 407, Notation modifiziert).



Brennan leitet aus dieser Möglichkeit der Effizienzsteigerung seinen Ruf nach staatlicher Intervention ab: "For reasons that are familiar, however, the possibility of joint action by all recipients is susceptible to free-riding by any one, and hence will not emerge voluntarily in the market. A case for public intervention based on more or less standard-free-riding problems thus emerges."<sup>1</sup>

An der wohlfahrtstheoretischen Stichhaltigkeit dieser Folgerung sind m.E. Zweifel angebracht, die einer knappen Diskussion bedürfen.

Zunächst bleibt unklar, wo denn überhaupt das für die Empfänger unlösbare free-rider-Problem liegen soll. Offenbar hat Brennan eine Situation im Auge, in der eine Gruppe von potentiellen Empfängern sich zusammenschließt, um potentielle Spender gemeinsam zu subventionieren, ohne sicherstellen zu können, daß die Spender nicht an andere Individuen außerhalb des Clubs subventionsinduzierte marginale Transfers leisten. Er übersieht dabei anscheinend, daß diese free-rider-Empfänger problemlos von den positiven Externalitäten des Clubs ausgeschlossen werden können, indem sich die Clubmitglieder in einer Satzung darauf einigen, nur für Spenden an einen der Clubmitglieder selbst Subventionen zu zahlen. Eine derartige Regelung sorgt unmittelbar für eine effiziente Internalisierung aller positiven Clubexternalitäten: Jedes Nichtmitglied, das sich einem potentiellen Spender gegenüber sieht, hat einen Anreiz, sich einem Club anzuschließen (bzw. selbst einen Club zu gründen). Es muß natürlich beim Clubeintritt die alten Clubmitglieder für die Grenzkosten kompensieren, die sein Beitritt verursacht; diese Grenzkosten belaufen sich aber genau auf den Subventionsbetrag, den das neue Mitglied zur Subventionierung "seines" Spenders benötigt abzüglich des Grenzgewinns, den der Club durch eine infolge steigender Mitgliederzahlen verstärkte Clubillusion realisiert. Die alten Clubmitglieder stehen sich also nach dem Eintritt zumindest marginal besser, während das neue Mitglied den Transfergrenznutzen "seines" Spenders abschöpft. Alle Betroffenen haben also ein Interesse an einer Cluberweiterung, solange das Neumitglied einen durch Clubillusion abge-

---

<sup>1</sup>Brennan (1977, S. 408).

sicherten positiven Transfergrenznutzen "seines" Spenders "mitbringt". Die volle Ausschließbarkeit garantiert also ein von strategischem Verhalten freies Marginalkalkül; lediglich bei der Verteilung der intramarginalen Gewinne des Clubeintritts mögen Gefangenendilemmasituationen auftreten, doch sind auch dort dem strategischen Verhalten der Marktteilnehmer enge Grenzen gesetzt, solange der Spender des neuen Clubmitgliedes die abgeführten Gewinne "seines" Empfängers bei der Kalkulation der Nettosubventionen aussaldiert und entsprechend seine Spenden senkt<sup>1</sup>. Es läßt sich also feststellen, daß keineswegs ein unlösbares free-rider-Problem vorliegt, das staatliche Interventionen erforderlich macht.

Unterstellen wir trotzdem aus didaktischen Gründen für einen Augenblick, es gäbe das skizzierte unlösbare free-rider-Problem, d.h. wir nehmen an, ein Ausschluß von nichtbeitragszahlenden Empfängern sei physisch unmöglich oder ökonomisch ineffizient. Unter diesen Umständen wäre eine öffentliche Intervention immer dann gerechtfertigt, wenn der Staat durch Einführung eines Subventions-/Steuer-schemas in dieser Periode einen Effizienzgewinn erzielen kann. Dies ist typischerweise bei normalen öffentlichen Gütern der Fall: Einige Individuen (die free-rider) könnten durch marginale Subventionierung der Individuen, die das öffentliche Gut finanzieren, eine Paretoverbesserung bewirken; sie unterlassen dies, um nicht ihre intramarginalen Gewinne durch Offenlegung ihres free-rider-Verhaltens für die nächste Periode zu gefährden, denn sie antizipieren seitens der Nicht-free-rider eine strategisch motivierte Retorsionshandlung (verminderte Finanzierung des öffentlichen Gutes), die alle schlechter stellt. Der Staat muß folglich eingreifen, um die Realisierung des Paretooptimums in dieser Periode sicherzustellen.

Der Fall der Spendensubventionierung liegt indes komplizierter: hier weiß der Staat ja ex-ante, daß das Subventions-/Steuerschema nur dazu dient, die Subventionsillusion zumindest eines Spenders "auszubeuten"; der einzige Zweck der Intervention ist also, zumindest ein Individuum schlechter zu stellen als es vor der Intervention steht

---

<sup>1</sup>Die Ableitung einer optimalen Beitrags- und Subventionsstruktur für den privaten Club wird in Abschnitt 3 behandelt. Für die Wahl zwischen Clubaktivitäten und Staatseingriff ist dieser Aspekt wohlfahrts-theoretisch bedeutungslos.

und als es selbst in seinem ökonomischen Kalkül antizipiert. Der Staat verfügt demnach über nachweislich zutreffende Informationen bzgl. der clubinternen Kosteninzidenz, die er dem Markt kostenlos zur Verfügung stellen sollte. Tut er dies, bricht der Club zusammen, d.h. die Intervention wird wirkungslos; tut er dies nicht, betreibt er öffentliche Umverteilung und wird damit zum Instrument einer Empfängerlobby, die eine Redistribution zu ihren Gunsten anstrebt.

Die Parallelen zur Produktwerbung sind augenscheinlich: es kann niemals Aufgabe des Staates sein, durch ein Subventions-/Steuer-schema eine informationsverschleiernde Werbung zu unterstützen, selbst wenn die betreffende Werbung positive Externalitäten für Produzenten des gleichen Produkts gewährleistet. Der Staat darf nur aktiv werden, wenn er tatsächlich eine Paretoverbesserung, ex-ante und ex-post, bei der Bereitstellung eines öffentlichen Gutes bewirken kann.

Demnach ist Brennans Argument für staatliche Interventionen in der Tat selbst dann unzureichend, wenn ein unlösbares free-rider-Problem existiert. Nur ein privater Club darf diese Art von Externalität internalisieren, da sich die scheinbar allokativen Aktivität für den Staat als Redistribution entpuppt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß sich von den drei verschiedenartigen Argumenten für staatliche Subventionen privater Spenden nur ein einziges als stichhaltig erwiesen hat: Lediglich die altbekannte free-rider-Problematik zwischen potentiellen Spendern - welcher Motivation auch immer - rechtfertigt den milden staatlichen Eingriff der Spendensubvention zwecks Internalisierung aller positiven Externalitäten. Deans Fall des Marktversagens infolge nichtreziproker Externalitäten läßt sich durch freiwillige Verhandlungen zwischen Spendern mit unterschiedlicher Transfer-motivation effizient lösen; Brennans Berücksichtigung der Empfängerpräferenzen beruht auf restriktiven Annahmen bezüglich der Spender-rationalität, die bestenfalls private Clubgründungen potentieller Empfänger wohlfahrtstheoretisch rechtfertigen, nicht aber eine staatliche Intervention.

### 3. Optimale Subventionsstruktur

Alle Autoren der im zweiten Abschnitt diskutierten Arbeiten begnügen sich nicht mit einer wohlfahrtstheoretischen Rechtfertigung öffentlicher Spendenförderung, sondern sie entwickeln aus ihren Modellen konkrete Vorschläge zur optimalen Ausgestaltung der Subventionsstruktur. Im folgenden soll untersucht werden, wie diese Vorschläge im Rahmen der hier vertretenen Konzeption zu beurteilen sind.

a) Zunächst zurück zu der Arbeit von Geoffrey Brennan: Nach dem in Abschnitt 2 Gesagten kann sein Subventionsschema nur als Vorschlag für die Subventionsvergabe eines privaten Clubs von Spendenempfängern gelten; der Staat selbst bleibt von den Vorschlägen unbehelligt. Das Ziel eines rationalen Empfängerclubs muß es sein, die Summe der Nettospenden (Bruttospenden minus Subventionen) zu maximieren. Der Club sieht sich folglich wie ein privater Monopolist einem Erlösmaximierungsproblem gegenüber, dessen Optimallösung dann verwirklicht ist, wenn der Club den gesamten positiven Transfergrenznutzen aller potentiellen Spender abgeschöpft hat. Für die konkrete Ausgestaltung des Subventionsschemas gibt die Kenntnis dieser gewinnmaximalen Strategie nur dann Anhaltspunkte, wenn die Nutzenfunktion der Spender näher spezifiziert wird: Brennan nimmt sinnvollerweise an, daß die Spender bis zum Sättigungspunkt (mit  $GN = 0$ ) einen positiven Transfergrenznutzen aufweisen, der mit steigender Transferhöhe sinkt (Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen). Bereits diese übliche und wenig restriktive Prämisse erlaubt die Ableitung eines zentralen Merkmals der optimalen Subventionsstruktur: die marginalen Subventionen sollten mit der Transferhöhe zunehmen, da ein solches Schema, salopp formuliert, am wenigsten intramarginale Subventionen "verschenkt" und diese "gesparten" Subventionen dazu verwenden kann, um marginale Transfers zu induzieren<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Auch eine indirekte Progression (konstanter marginaler, aber steigender durchschnittlicher Subventionstarif) erfüllt dieses Effizienzkriterium, da die Höhe des marginalen Tarifs durch eine Variation des subventionsfreien Sockelbetrages "erkauft" werden kann.

Der Gedanke läßt sich anschaulich anhand einer Grafik darstellen:

Fig. 5 zeigt im Einkommenstransferraum das ursprüngliche Haushaltsgleichgewicht (ohne Subvention) eines Spenders in  $G_0$ . Drei unterschiedliche Subventionsschemata bewirken unterschiedliche Verlagerungen der Budgetlinie  $X_0A$ :

- eine proportionale Subvention (konstanter Prozentsatz pro Spendeneinheit) sorgt für eine Drehung der Geraden nach  $X_0B$  mit  $G_1$  als neuem Optimalpunkt;
- Eine regressive Subvention (mit Transferhöhe abnehmender Prozentsatz pro Spendeneinheit) bringt eine konkave Budgetlinie  $X_0C$  hervor, mit  $G_2$  als neuem Optimum;
- Eine progressive Subvention (steigender Prozentsatz pro Spendeneinheit, in der Grafik als indirekte Progression mit proportionalem Tarif und nicht subventioniertem Sockelbetrag) führt zu einer nach außen geknickten Budgetlinie  $X_0FD$  mit  $G_3$  als neuem Optimum.

Alle drei "neuen" Budgetlinien schneiden sich in  $G_1$ , dem Punkt mit gleicher durchschnittlicher Subvention pro Transfereinheit ( $T_1E$ ) bei allen drei Schemata. Von diesem Punkt ausgehend staffelt sich die Spendenhöhe (brutto und netto) nach dem marginalen Subventionstarif im Punkt  $G_1$ : Das Optimum einer regressiven Subvention ( $G_2$ ) muß "nordwestlich" des Optimums bei proportionaler Subvention ( $G_1$ ) liegen, da  $X_0C$  in  $G_1$  steiler verläuft als  $X_0B$ , und damit der Tangentialpunkt mit einer der konvexen Indifferenzkurven bei einem niedrigeren Transferriveau (höherem Transfergrenznutzen) zu finden ist. Analoges gilt für  $G_1$  im Vergleich zu  $G_3$ .

Da diese Transferrangordnung sich für jede beliebige durchschnittliche Subventionshöhe ableiten läßt, ergibt sich gleichfalls eine eindeutige Ordnung der Preiskonsumkurven für die drei Schemata. Die Preiskonsumkurve für einen progressiven Tarif realisiert dabei stets die höchsten Brutto- und Nettotransferriveaus: Notwendige Bedingung für eine bestmögliche Annäherung an das Optimum ist also die Wahl eines progressiven Subventionstarifs.

Die bestehenden Systeme steuerlicher Abzugsfähigkeit von Spenden bei progressivem Einkommenssteuertarif erfüllen bereits diese not-



wendige Bedingung nicht: mit steigender Transferhöhe sinken nämlich ceterus paribus das verbleibende Einkommen, der marginale Steuersatz und somit auch die abzugsbedingte Subvention pro Transfereinheit, was der Struktur eines regressiven Förderungsschemas entspricht. Der Staat verhält sich also nicht wie ein gewinnmaximierender Club<sup>1</sup>.

Es wäre jedoch für den Staat oder für einen privaten Wohlfahrtsverband (Empfängerclub) kein schwieriges konzeptionelles Problem, ein progressives Subventionsschema zu adoptieren. Die einfachste Möglichkeit böte ein proportionaler Tarif, der erst ab einem subventionsfreien Grundbetrag ansetzt und dann indirekt progressiv wirkt (Fig. 5). Es ist dabei offensichtlich, daß die Annäherung an den gewinnmaximalen Punkt  $G_{\max}$  (mit  $GN=0$ ) um so besser gelingt, je höher sowohl der subventionsfreie Sockelbetrag als auch der dann einsetzende proportionale Subventionstarif festgelegt werden.

Die größten Schwierigkeiten in diesem Optimierungsprozeß bereitet natürlich die Anpassung an die unterschiedlichen Präferenzen potentieller Spender. Der Club kommt nicht umhin, Hypothesen über die individuellen Nutzenfunktionen aufzustellen und in einem trial-and-error-Prozeß die optimale Tariffhöhe eines progressiven Subventionsschemas zu ermitteln. Er kann dabei zwecks optimaler Abschöpfung der "Spenderrente" die Subventionierung interpersonell differenzieren, soweit er Variablen kennt, die mit der Spendenneigung korreliert sind. Die praktisch bedeutsamste Variable ist natürlich das Einkommen; Orientierungsgrößen für eine gewinnmaximale Differenzierung der Subventionen sind die Höhe der Einkommenselastizität sowie die Variabilität der Preiselastizität mit der Einkommenshöhe<sup>2</sup>.

- Die Einkommenselastizität ( $\xi$ ) determiniert die Höhe des Sockelbetrages, da einkommensbedingte, preisunabhängige Spendensteigerungen möglichst von der Förderung ausgenommen werden sollten, um

---

<sup>1</sup>Brennan bedauert dies im Gegensatz zum Autor dieser Arbeit.

<sup>2</sup>Vgl. Brennan (1977), S. 408 ff.

intramarginale Subventionen zu minimieren. Es empfiehlt sich deshalb

- = für  $\epsilon = 0$  die Einführung eines festen Sockelbetrages,
- = für  $\epsilon = 1$  die Einführung eines proportional zum Einkommen variierenden Sockelbetrages, und
- = für  $\epsilon \geq 1$  die Einführung eines entsprechend über-(unter-)proportional steigenden Sockelbetrages.

- Die Variabilität der Preiselastizität mit dem Einkommen entscheidet darüber, ob bei zunehmender Einkommenshöhe auch unterschiedlich hohe prozentuale Subventionstarife anzuwenden sind, um möglichst hohe Nettotransfers zu erzielen:
  - = Sinkt (steigt) die Preiselastizität mit dem Einkommen, empfiehlt sich ein mit dem Einkommen steigender (sinkender) Subventionstarif;
  - = bleibt die Preiselastizität konstant, sollte auch der Subventionstarif mit dem Einkommen nicht variieren.

b) Hochman & Rodgers haben, wie in Abschnitt 2 ausgeführt, das zentrale Argument für staatliche Spendensubventionen abgeleitet: Positive externe Effekte zwischen tatsächlichen und potentiellen Spendern sollen durch Subventionierung der Spender und Besteuerung der free-rider internalisiert werden. Die Höhe von Subventionen und Steuern bemessen sich dabei nach der Höhe der individuellen Transfergrenznutzen, so daß im Samuelson-Optimum auch ein Lindahl-Gleichgewicht erreicht wird.

Auf Basis dieses Gedankenganges entwickeln Hochman & Rodgers ihr scharfsinniges Argument für einen einkommensunabhängigen flat-rate-tax-credit. Zwecks Isolierung des Effekts der Subventionsvariation mit dem Einkommen nehmen sie zunächst vereinfachend an, die beteiligten Individuen hätten identische Präferenzen, aber unterschiedlich hohe Einkommen, und es gäbe keinerlei Rückwirkungen der Spendenförderung auf das Niveau der Besteuerung ("externe" Subventionsfinanzierung). Unter diesen Umständen wird der Transfergrenznutzen ausschließlich durch die Einkommenshöhe bestimmt.



Im Lindahl-Gleichgewicht muß das Verhältnis der Transfergrenznutzen zweier beliebiger Spender k und m gerade dem Verhältnis ihrer Anteile an den gesamten Transferkosten entsprechen, d.h. es muß gelten:

$$\frac{GN_k}{GN_m} = \frac{Sp_k (1-S_k) / \sum Sp_i}{Sp_m (1-S_m) / \sum Sp_i}$$

mit  $Sp_i$  = Spenden des i (darunter k und m),

$S_i$  = Subvention pro Spendeneinheit des i,

$\sum Sp_i$  = Gesamtsumme der Spenden über all i,

und damit:

$$S_k = 1 - \left[ \frac{GN_k}{Sp_k} / \frac{GN_m}{Sp_m (1-S_m)} \right]$$

Da die "Einkommenselastizität des Transfergrenznutzens" aber stets gleich der Einkommenselastizität der Spenden ist<sup>1</sup>, bleibt der Ausdruck  $GN_k/Sp_k$ , also der individuelle Grenznutzen pro Spendeneinheit, über alle Spender mit identischen Präferenzen konstant, unabhängig von der jeweiligen Höhe der Einkommenselastizität. Die optimale Subventionsrate pro Spendeneinheit darf also gleichfalls mit der Einkommenshöhe nicht variieren, da jedes einkommensabhängige Förderungskonzept eine Abweichung vom Lindahl-Gleichgewicht zur Folge hätte.

Die ökonomische Logik hinter dieser Argumentation leuchtet ein: die Mengenkomponekte ( $Sp_k$ ) des relativen Kostenanteils variiert stets "im Gleichschritt" mit dem Grenznutzen, so daß jede Notwendigkeit zur Preisänderung entfällt; die Spender korrigieren gewissermaßen ihren "Lindahl-Kostenanteil" von selbst, indem sie bei höheren Einkommen gemäß ihrer Grenznutzenveränderung mehr oder weniger spenden. Dieses fundamentale Ergebnis wird nur unwesentlich modifiziert, wenn die Prämisse der "externen" Finanzierung der Spendenförderung entfällt. Als Kostenkomponente für jedes Individuum ist

<sup>1</sup> Der einfache Beweis findet sich bei Hochman & Rodgers (1977), S. 16, Anm. 22.

dann der zusätzliche Einkommenssteuerbetrag einzurechnen, den es für die Veränderung der Subventionsfinanzierung aufbringen muß:

$$\frac{GN_k}{GN_m} = \frac{[Sp_k (1-S_k) + t' (Y_k) \cdot Y_k] / \sum Sp_i}{[Sp_m (1-S_m) + t' (Y_m) \cdot Y_m] / \sum Sp_i}$$

$$S_k = 1 - \left[ \frac{GN_k}{Sp_k} / \frac{GN_m}{Sp_m (1-S_m) + t' (Y_m) \cdot Y_m} - \frac{t' (Y_k) \cdot Y_k}{Sp_k} \right]$$

$t' (Y_k)$  = marginaler Einkommensteuertarif des k;

$Y_k$  = Einkommen des k.

Offensichtlich muß sich auch dieser marginale Zwangsbeitrag "pari passu" mit der Einkommenselastizität des Grenznutzens verändern, um das Lindahl-Gleichgewicht bei konstantem  $S_k$  zu sichern: je höher die Elastizität, um so höher auch der "benötigte" marginale Steuersatz und um so progressiver der optimale Einkommensteuertarif<sup>1</sup>.

Wie Hochman & Rodgers zu Recht bemerken, kommt der "incremental tax function"  $t' (Y_1)$  in der Realität nur geringe Bedeutung zu, da die Spenden einen verschwindend geringen Prozentsatz des Einkommens ausmachen. Ein praktisch relevantes Argument gegen einen flat-rate-tax-credit kann daraus kaum abgeleitet werden.

Die Aufgabe des Staates besteht also nach Hochman & Rodgers ausschließlich darin, ein optimales Spendenniveau zu ermitteln und die Höhe einer konstanten Subventions- und Besteuerungsrate so festzulegen, daß die bestmögliche Annäherung an das Lindahl-Gleichgewicht gewährleistet ist. Die Subventionsrate sollte dabei weder mit dem Einkommen, noch mit einer anderen Variablen (z.B. dem Vermögen) korrelieren, denn die Suboptimalität der Subventionsvariation läßt sich analog den obigen Ausführungen für jede alternative Bemessungsgrundlage nachweisen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Im einzelnen dazu Hochman & Rodgers (1977), S. 9.

<sup>2</sup> Der Kern des Beweises - die parallele Entwicklung der Elastizitäten von Transfergrenznutzen und Spenden bezüglich einer Variablen - ist allgemeingültig.

Natürlich steht der Staat vor einem schwer lösbaren Informationsproblem, da er zur Ermittlung der Grenznutzen von Spender und free-rider nur über theoretisch elegante, aber nicht operationale Verfahren der Präferenzaufdeckung durch "side payments" verfügt<sup>1</sup>. Entscheidend ist aber, daß sich der Staat zur Finanzierung des öffentlichen Gutes der ("mildesten") Korrektur bedient, die gegebene Marktinformationen bestmöglich ausnutzt. Glaubt man überhaupt an die Möglichkeit der Korrektur eines externalitätsbedingten Marktversagens durch den Staat, so muß man diese Art der Intervention als die beste Lösung des Informationsproblems akzeptieren.

Der Vorschlag von Hochman & Rodgers zur optimalen Spendensubventionierung steht und fällt mit der normativen Bedeutung des Lindahl-Gleichgewichts: sollte der Staat überhaupt versuchen, die Preisbildung auf Märkten für private Güter unter den Bedingungen der vollständigen Konkurrenz zu simulieren, obwohl die sich ergebende Verteilung der Finanzierungslasten die Allokation des öffentlichen Gutes ex-post unberührt läßt?

Zentrales Argument für eine Lindahl-Strategie ist die Verteilungsneutralität des erreichten Optimums<sup>2</sup>: Nur die Preisbildung auf einem Markt mit vollständiger Konkurrenz ohne jede monopolistische Preisdiskriminierung kann als verteilungsneutral gelten, da nur sie jede Art von willkürlicher, d.h. nicht marktmäßig erzwungener Ungleichbehandlung ausschaltet; genauso garantiert ausschließlich die Lindahl-Preisstruktur, daß in die staatliche Allokation und Finanzierung von öffentlichen Gütern keinerlei "diskretionäre" Gerechtigkeitserwägungen, sondern nur Effizienzkriterien einfließen. Diese Neutralität zu erreichen muß aber wohlfahrtstheoretisches Ziel eines "neoklassisch" orientierten Staates sein, denn er wird sich stets bemühen, Allokation und Redistribution strikt zu trennen. Gerade im Grenzbereich der Ökonomie der Wohltätigkeit, deren Untersuchungsziel ja die alloktionstheoretische Analyse freiwilliger Umverteilung ist, kommt dieser Trennung eine fundamentale Bedeutung zu: sie

---

<sup>1</sup>Vgl. Tideman & Tullock (1976); Groves & Ledyard (1977).

<sup>2</sup>Vgl. Hochman & Rodgers (1977), S. 4.

markiert nämlich die Grenze des Forschungsgegenstandes, die allein mit dem Instrumentarium der Theorie der öffentlichen Güter nicht überschritten werden darf.

Genau diese Grenze mißachten alle Vorschläge, die Kriterien der quantitativen Effizienz zur Norm für die staatlichen Spendenförderung erheben.

Zwei wichtige Empfehlungen dieser Art bedürfen der kurzen Diskussion:

- Dean schlägt vor, zum Zwecke der Minimierung intramarginaler Spenden einen nicht subventionierten Transfersockelbetrag einzuführen, der je nach Höhe der Einkommenselastizität der Spenden mit zunehmendem Einkommen sinkt, konstant bleibt oder steigt<sup>1</sup>. Mit dem Lindahl-Gleichgewicht als Referenzsystem wird deutlich, daß der Vorschlag auf eine "Umverteilung der Konsumentenrente" hinausläuft: Der Staat verschafft jedem free-rider, der zur Spendensubventionierung beiträgt, eine zusätzliche Konsumentenrente auf Kosten des intramarginalen Spenders, dessen Konsumentenrente reduziert wird. Es gibt keinen Grund, eine solche "monopolistische Diskriminierung" aus Effizienzgründen gutzuheißen; allein die Tatsache, daß bei unverändertem Spendenvolumen weniger Subventionsgelder die Staatskasse durchlaufen, liefert kein wohlfahrtstheoretisches Argument für die Umverteilung<sup>2</sup>.
- Analoges gilt für die gleichfalls von Dean vorgeschlagene Differenzierung marginaler Subventionen nach der Höhe der individuellen Preiselastizität<sup>3</sup>: Der Staat kann das gleiche Spendenniveau

---

<sup>1</sup>Dean (1972), S. 337.

<sup>2</sup>Dean ist offensichtlich hier wie im folgenden der Ansicht, es liege im Ermessen der subventionszahlenden free-rider, die "billigste" Subventionsmethode zu wählen. "If the persons granting the subsidies wish to minimize the resource cost to themselves, the least cost manner of granting subsidies will minimize the subsidy on the inframarginal as well as the marginal unit." (Dean, S. 337). Deans Ansicht kann m.E. nur für einen privaten Subventionsclub gelten; setzt der Staat die Preise fest, um Effizienzverbesserungen zu erzielen, muß er die Nebenbedingung der Verteilungsneutralität beachten.

<sup>3</sup>Dean (1973), S. 337.

kostengünstiger erreichen, wenn er im Optimum die Spender mit hoher Preiselastizität (flache Transfergrenznutzenkurve) stärker fördert als ihre Kollegen mit niedriger Preiselastizität (steile Transfergrenznutzenkurve), gleichgültig welche der beiden Gruppen den absolut höheren Transfergrenznutzen aufweist. Auch hier ermöglicht eine intramarginale Redistribution den "quantitativen Effizienzgewinn": Die Konsumentenrente der Spender mit niedriger Preiselastizität wird an die Spender mit hoher Preiselastizität und die Subventionszahler verteilt. Auch hier ist also die Nebenbedingung der Verteilungsneutralität verletzt<sup>1</sup>.

Diese beiden Beispiele machen deutlich, welche "normative Kraft" den Argumenten von Hochman & Rodgers zukommt<sup>2</sup>. Eine Differenzierung der Subvention pro Spendeneinheit nach einer beliebigen Variablen läßt sich nunmehr aus zwei Gründen rechtfertigen, die außerhalb der Problematik der hier behandelten reziproken Spendenexternalitäten liegen.

---

<sup>1</sup> Im einzelnen dazu Hochman & Rodgers (1977, S. 10 f.), die bei Gelegenheit dieses treffenden Arguments zu einem Generalangriff gegen die empirischen Studien zur Erfassung von Preiselastizitäten des Spendenaufkommens ausholen. Korrekt weisen sie darauf hin, daß eine hohe Preiselastizität keinerlei zusätzliche Spendenförderung rechtfertigen kann, wenn bereits alle Externalitäten ausgeschöpft sind. Da die "Empiriker" (Feldstein, Clotfelter et.al.) indes nie etwas Gegenteiliges behauptet haben, trifft die Attacke ins Leere: Hochman & Rodgers übersehen offenbar, daß die empirischen Studien stets von der impliziten Prämisse ausgehen, der Staat könne die eigene Finanzierung öffentlicher Güter im Umfang der Spendenerhöhung, d.h. im Umfang des zusätzlichen privaten Angebots öffentlicher Güter, einschränken. Sobald auf diese Weise der Öffentliche-Gut-Charakter von Spenden vorausgesetzt ist, wird die Preiselastizität des Spendenaufkommens zu einem leistungsfähigen Maß der Substitution zwischen öffentlicher und privater Finanzierung von öffentlichen Gütern. Die Optimalbedingung ( $141 = 1$ ) läßt sich dann ohne analytische Komplikationen analog der mikroökonomischen Monopoltheorie ableiten (vgl. Paqué (1982, S. 6 ff.).

<sup>2</sup> Beachtenswert ist ferner, daß die Verteilungsneutralität ein wichtiges Kriterium auch für andere Bereiche staatlicher Subventionierung liefert. So wäre es sinnvoll, eine Reihe von Tatbeständen, deren steuerliche Abzugsfähigkeit mit Externalitätenargumenten gerechtfertigt wird, mittels verteilungsneutraler tax-credits zu subventionieren. Eine "progressive Subventionierung" im Rahmen des Einkommenssteuertarifs erscheint wohlfahrtstheoretisch nur dann vertretbar, wenn tatsächlich das Einkommen des Steuerpflichtigen durch eine nicht freigeählte Belastung eingeschränkt ist. Die "Durchforstung" des bundesdeutschen Einkommenssystems nach Gesichtspunkten der Effizienz und Verteilungsneutralität böte sicherlich eine Reihe von Anhaltspunkten für nötige Reformen veralteter, steuersystematisch bedingter Strukturen.

- So mag das Ausmaß der Spendenexternalität selbst mit der betreffenden Variablen systematisch zusammenhängen. Gerade für das Einkommen dürfte eine solche Korrelation kaum nachweisbar sein: zwar spenden "Arme" mehr für religiöse Zwecke, Reiche mehr für Kultur, Bildung und Wissenschaft<sup>1</sup>, doch läßt sich daraus allein wohl kaum eine "operationale Externalitätenrangordnung" aufstellen.
- So mag in der Praxis der Staat aufgrund von Informationsproblemen außerstande sein, auch nur annähernd die Realisierung eines Lindahl-Gleichgewichtspunktes zu gewährleisten. Beträchtliche Abweichungen vom Lindahl-Gleichgewicht bewirken aber, wie jede Besteuerung, disincentive-Effekte und damit dynamische Effizienzverluste. Sind diese entsprechend hoch, so kann möglicherweise die Minimierung des Steueraufkommens als Second-Best-Lösung erstrebenswert sein. Zu bedenken ist jedoch, daß auch die Differenzierung der Subventionssätze nach Einkommens-, Preiselastizitäten und sonstigen Kriterien zuverlässige ökonometrische Informationen über die relevanten Korrelationen voraussetzt, die in der Realität kaum gegeben sind.

In beiden Ausnahmefällen bleibt also wahrscheinlich der flat-rate-tax-credit doch die beste Kompromißlösung.

#### 4. Zusammenfassende Thesen

##### These 1:

Es gibt nur ein ökonomisches Argument für staatliche Spendensubventionierung: Positive Externalitäten und damit Anreize zu free-rider-Verhalten unter den potentiellen Spendern verhindern die Realisierung eines Paretooptimums. Private Clubgründung scheidet als Lösungsweg aus, da die strikte Nichtausschließbarkeit vom Nutzen des öffentlichen Gutes "Spenden" jede Konvergenz der Spenderinteressen verhindert. Nur staatlicher Zwang ermöglicht die Annäherung an das Paretooptimum durch Einführung eines Subventions-/Steuerschemas, das free-rider belastet und tatsächliche Spender entlastet; die Höhe der

---

<sup>1</sup>Vgl. Feldstein (1975, II), S. 213.

Förderung (resp. der Besteuerung) pro Spendeneinheit muß sich dabei an der Höhe des Transfergrenznutzens der free-rider orientieren (Lindahl-Gleichgewicht); intramarginale Differenzierungen (z.B. nach Einkommen, Preis- oder Einkommenselastizität) sollten unterbleiben, da sie stets Umverteilungskomponenten enthalten, die sich nicht aus ökonomischen Effizienzkriterien für staatliche Interventionen ableiten lassen. Die Anforderungen an den staatlichen Informationsstand sind zwar hoch, aber doch niedriger als in jedem alternativen System der staatlichen Bereitstellung und/oder Finanzierung öffentlicher Güter.

#### These 2:

Es gibt kein ökonomisches Argument für eine gesonderte staatliche Förderung von Spendern, die ihre Schenkungen "motivationsbedingt" als private Güter ansehen und deshalb am Markt niemals als free-rider erscheinen. Sie erhalten zurecht die "normale" Spendensubvention, da auch ihre Transfers für andere Spender positive Externalitäten schaffen. Das dann noch verbleibende Potential zur Paretoverbesserung muß von den beteiligten Individuen mit unterschiedlicher Spendenmotivation durch Abschluß privater Subventionsverträge ausgeschöpft werden; die dafür nötige Interessenkongruenz liegt vor, und die staatliche Intervention bietet keinerlei komparative Vorteile gegenüber der privaten Regelung. Bleiben derartige Vertragsabschlüsse aus, so ist dies weniger Beleg für die Ineffizienz des Marktes als Indiz für die empirische Irrelevanz der "privaten" Spendenmotivation.

#### These 3:

Es gibt kein ökonomisches Argument für eine staatliche Spendenförderung aufgrund von Externalitäten zwischen Spendern und Empfängern: verbleibt den Spendern im individuellen Haushaltsoptimum ein positiver Nutzen marginaler Transfers, so haben die verschiedenen Empfänger einen Anreiz, sich zu einem privaten Club zusammenzuschließen, der zusätzliche Spenden an die Clubmitglieder subventioniert. Eine best-

mögliche Abschöpfung der Transfergrenznutzen erfordert dabei einen progressiven Subventionstarif, d.h. die Subvention pro Transfereinheit muß mit zunehmender Spendenhöhe ansteigen. Der Staat braucht nicht einzugreifen, da eine effiziente Ausschließbarkeit vom Nutzen des öffentlichen Gutes "Spenden" durch die Beschränkung der Subventionen auf Transfers an Clubmitglieder gewährleistet ist. Selbst ohne Ausschließbarkeit dürfte der Staat nicht intervenieren, denn der Zweck des Clubs - Induzierung marginaler Spenden durch Verschleierung der Beitragsinzidenz innerhalb des Clubs - kann wohl für private Empfänger, nicht aber für den Staat als wohlfahrts-theoretisches Ziel gerechtfertigt werden.



## Literaturverzeichnis

### A. Diskutierte Literatur:

X Dean, James M. (1973), "Redistribution and Tax Concessions for Contributions", in: Public Finance/Finances Publiques 28(1973), S. 371-376.

X Brennan, Geoffrey (1977), "Tax Concessions for Charitable Contributions - A Comment", in: Public Finance/Finances Publiques 32(1977), S. 402-411.

X Hochman, Harold M., James D. Rodgers (1977), "The Optimal Tax Treatment of Charitable Contributions", in: National Tax Journal 30(1977), S. 1-18.

### B. Zitierte Literatur:

Atkinson, Anthony B. (1976), "The Income Tax Treatment of Charitable Contributions", in: R.E. Grieson (ed.), Public and Urban Economics, Essays in Honours of W.S. Vickrey, Lexington 1976, S. 13-27.

Becker, Gary S. (1974), "A Theory of Social Interaction", in: Journal of Political Economy 82(1974), S. 1063-1093.

Becker, Gary S. (1976), "Altruism, Egoism and Genetic Fitness: Economics and Sociology", in: Journal of Economic Literature 14 (1976), S. 817-826.

Brennan, Geoffrey (1973), "Pareto Desirable Redistribution: The non-altruistic Dimension", in: Public Choice 14(1973), S. 43-67.

Brennan, Geoffrey, Cliff Walsh (1973, I), "Pareto-Optimal Redistribution Reconsidered", in: Public Finance Quarterly 1(1973), S. 147-168.

Brennan, Geoffrey, Cliff Walsh (1973, II), "Hochman and Rodgers on Brennan and Walsh: A Reply", in: Public Finance Quarterly 2(1973), S. 383-392.

Buchanan, James M., The Supply and Demand of Public Goods. Chicago 1968.

Buchanan, James M., Milton Z. Kafoglis (1963), "A Note on Public Goods Supply", in: American Economic Review 53(1963), S. 403-414.

- Feldstein, Martin (1975, I), "The Income Tax and Charitable Contributions: Part I - Aggregate and Distributional Effects", in: National Tax Journal 28(1975), S. 81-100.
- Feldstein, Martin (1975, II), "The Income Tax and Charitable Contributions: Part II - The Impact on Religious, Educational and other Organisations", in: National Tax Journal 28(1975), S. 209-226.
- Fürstenberg, George M. von, Dennis C. Mueller (1971), "The Pareto Optimal Approach to Income Redistribution: A Fiscal Application", in: American Economic Review 61(1971), S. 628-637.
- Groves, Theodore, John Ledyard (1977): "Optimal Allocation of Public Goods: A Solution to the 'Free Rider' Problem", in: Econometrica 45(1977), S. 783-810.
- Hochman, Harold M., James D. Rodgers (1969), "Pareto Optimal Redistribution", in: American Economic Review 59(1969), S. 542-537.
- Hochman, Harold M., James D. Rodgers (1973), "Brennan and Walsh Reconsidered (Mutt and Jeff Ride again)", in: Public Finance Quarterly 1(1973), S. 359-371.
- Johnson, David B. (1968), "The Fundamental Economics of the Charity Market", Diss. University of Virginia 1968.
- Johnson, David B. (1970), "Some Fundamental Economics of the Charity Market", in: G. Tullock, The Economics of Charity, Part II, S. 78-138.
- Paqué, Karl-Heinz (1982), "The Efficiency of Public Support to Private Charity. An Econometric Analysis of the Income Tax Treatment of Charitable Contributions in the Federal Republic of Germany". Kiel Working Paper Nr. 151. Kiel 1982.
- Pasour, E.C. jr. (1981), "Pareto Optimality as a Guide to Income Redistribution", in: Public Choice 36(1981), S. 75-87.
- Samuelson, Paul A. (1954), "The Pure Theory of Public Expenditure", in: Review of Economics and Statistics 35(1954), S. 387-389.
- Tideman, T. Nicolaus, Gordon Tullock (1976), "A New and Superior Process for Making Social Choices", in: Journal of Political Economy 84(1976), S. 1145-1159.
- Tullock, Gordon (1971), "The Charity of the Uncharitable", in: Western Economic Journal 9(1971), S. 379-392.
- Tullock, Gordon (1981), "The Rhetoric and Reality of Redistribution", in: Southern Economic Journal 47(1981), S. 895-907.

136. R.J. Langhammer, The Importance of "Natural" Barriers to Trade among Developing Countries. Some Evidence from the Transport Cost Content in Brazilian Imports. März 1982, 22 S.
137. M. Bruch, Lohnsatzdifferenzen zwischen großen und kleinen Industriebetrieben: Eine Untersuchung für die ASEAN-Länder. April 1982, 55 S.
138. M. Bruch, Zur Finanzierung kleiner Industriebetriebe in den ASEAN-Ländern. April 1982, 70 S.
139. S. Gupta, The Causal Relationship Between Domestic Credit and International Reserves: The Experience of Developing Countries. April 82, 16 S.
140. P. Trapp, E. Langfeldt, The Relationship Between Money, Economic Activity and Prices in Norway. April 82, 23 S.
141. N. Walter, R. Soltwedel, Arbeitszeitverkürzung - Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der 80er Jahre? Mai 82, 38 S.
142. J. Scheide, Geldpolitik und Konjunktur: Sind Erwartungen rational? Juni 1982, 44 S.
143. H.R. Krämer, Handelsströme auf der Ostsee. Juni 1982. 42 S.
144. H. Dick, E. Gerken, T. Mayer, D. Vincent, Stabilisation Strategies in Primary Commodity Exporting Countries: A Case Study of Chile. Juni 1982, 44 S.
145. T. Mayer, Export Diversification as a Counter to Export Instability: The Example of Colombia. Juli 1982, 21 S.
146. H. Dicke, H. Rodemer, Gesamtwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Kosten des Agrarschutzes in der EG - Eine empirische Analyse der Auswirkungen einer Liberalisierung des gemeinsamen Agrarmarktes - Juli 1982. 29 S.
147. R. Fürstenberg, Exchange Rate Between the Deutsche Mark and the Swiss Franc - An Empirical Investigation. Juli 1982, 40 S.
148. H. Giersch, F. Wolter, On the Recent Slowdown in Productivity Growth in Advanced Economies. Juli 1982. 60 S.
149. S. Gupta, S. Togan, On Managing Adjustment to External Shocks in Oil Importing Developing Countries. August 1982, 21 S.
150. K.-H. Paqué, Marktversagen bei Spenden. Einige Bemerkungen zur Literatur. August 1982, 38 S.
151. K.-H. Paqué, The Efficiency of Public Support to Private Charity. An Econometric Analysis of the Income Tax Treatment of Charitable Contributions in the Federal Republic of Germany. August 1982, 37 S.
152. K.-H. Paqué, Do Public Transfers "Crowd Out" Private Charitable Giving? Some Econometric Evidence for the Federal Republic of Germany. August 1982, 39 S.
153. B. Fischer, Th. Mayer, The Impact of Rising International Interest Rates on Developing Countries: The South Korean Experience. August 1982, 19 S.